
Teil D:
Maßnahmen der Länder

Teil D: Systematisierte Darstellung der Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung – Eine Bestandsaufnahme nach Angaben der Länder

Die Kultusministerkonferenz hat für diesen ersten Bildungsbericht explizit die „*systematisierte Darstellung der Maßnahmen der Länder zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung*“ in Auftrag gegeben. Hintergrund ist die in der KMK verabredete fortlaufende Berichterstattung der Länder über Initiativen und Aktivitäten als Konsequenzen aus der PISA-Studie.

Mit Blick auf die Ergebnisse der PISA-Studie 2000 hatte sich die Kultusministerkonferenz auf ihrer Plenarsitzung im Dezember 2001 auf sieben Handlungsfelder verständigt und den fortlaufenden Austausch über Initiativen und getroffene Maßnahmen in diesen Handlungsfeldern vereinbart¹. Die Maßnahmen sind zum einen die unmittelbare Reaktion auf die Ergebnisse von PISA und zum anderen eine Fortführung und Akzentuierung bereits begonnener Reformvorhaben, die den definierten Handlungsfeldern zugeordnet wurden. Die Handlungsfelder sollen nach Auffassung der KMK im Wesentlichen den Rahmen für eine dauerhafte Qualitätsentwicklung und -sicherung der Schulsysteme in den Ländern darstellen.

Das Konsortium konnte sich – anders als in den vorangegangenen Teilen dieses Berichts – nicht auf vorliegende Befunde von Schulleistungsuntersuchungen und von anderen wissenschaftlichen Untersuchungen oder auf verfügbare bildungsstatistische Daten stützen. Auch die von der KMK selbst erstellten ersten Übersichten über die in den Ländern laufenden und geplanten Maßnahmen vom März bzw. Mai 2002 sowie vom September 2002 ließen auf Grund ihrer großen Heterogenität und ihrer mangelnden Vergleichbarkeit keine systematisierte Darstellung zu. Unklar erscheint in diesen Übersichten zudem die Verwendung der den einzelnen Maßnahmen zugrunde liegenden Begriffe, wie Standards, Vergleichsarbeiten usw. Zudem liegen in den Ländern keine wissenschaftlich gesicherten länderspezifischen Analysen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung vor. Daher musste ein anderes Vorgehen gewählt werden. In Abstimmung mit dem Sekretariat der KMK entschied sich das Konsortium für eine weitgehend standardisierte Erhebung in allen Ländern.

Ziel der Erhebung war zum einen, eine aktuelle Übersicht zu gewinnen, die eine systematisierte und damit vergleichbare Darstellung ermöglicht, und zum anderen, die Prioritäten der Länder bei der Entwicklung und Sicherung von Qualität in Schule und Unterricht zu verdeutlichen. Der Erhebungsbogen war in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt wurden mittels einer offenen Frage die bildungspolitischen Schwerpunkte der Qualitätssicherung in den Ländern abgefragt, im zweiten wurden die laufenden und geplanten Maßnahmen² in den sieben Handlungsfeldern standardisiert erhoben, und im dritten Abschnitt wurden diese Angaben hinsichtlich der in aktuellen Reformdiskussionen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehenden Fragen der Entwicklung von Lehrplänen und Standards, der Qualifizierung von pädagogischem Personal sowie der externen Leistungserhebungen vertieft

1 Der Beschluss der KMK vom 05./06.Dezember 2001 über die sieben zentralen Handlungsfelder führte auf der 297. Plenarsitzung am 28.2./01.3.2002 zu einem ersten Bericht der Länder und zur exemplarischen Benennung von Initiativen und Vorhaben in diesen Handlungsfeldern.

2 Die Unterscheidung in künftig geplante und laufende Maßnahmen geht auf eine Formulierung des Schulausschusses der KMK vom März 2002 zurück.

und konkretisiert. Der Erhebungsbogen³ wurde mit der KMK abgestimmt und vor seinem Einsatz in Bayern, Bremen, Schleswig-Holstein und Thüringen getestet. Bei den im Rahmen dieser Erhebung gesammelten Daten handelt es sich ausschließlich um eine Selbstdarstellung der Länder. Auf Wunsch des Sekretariats der KMK wurde der auf der Grundlage der Erhebung erarbeitete Entwurf der systematisierten Darstellung der Maßnahmen allen Ländern mit der Bitte zugeleitet, notwendige sachliche Richtigstellungen anzumerken. Diese Hinweise wurden in die folgende Darstellung aufgenommen.

Trotz dieser Einschränkungen finden sich im Folgenden wertvolle Informationen. Zum einen handelt es sich um eine Darstellung, die wegen der weitgehend standardisierten Vorgaben vergleichende Aussagen zulässt. Sie vermittelt zum anderen einen Überblick über die in allen Ländern geplanten bzw. bereits eingeführten Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung. Schließlich hat die Übersicht noch einen weiteren Informationswert: Sie dokumentiert, wie Bildungspolitik auf die Ergebnisse von internationalen Schulleistungsstudien als einer spezifischen Form der Bildungsberichterstattung reagiert.

Im Folgenden wird der Stand der Umsetzung der Maßnahmen in den sieben Handlungsfeldern dargestellt. Der Berichtszeitraum konzentriert sich entsprechend den Vorgaben der Erhebung auf Januar 2002 bis Juni 2003. Ausschließlich gestützt auf die Angaben der Länder wird zunächst ein Überblick über die Realisierung der in den einzelnen Handlungsfeldern festgelegten Maßnahmen gegeben, wobei ausgewählte Maßnahmen vertiefend dargestellt werden. Sodann erfolgt eine länderbezogene Darstellung der die Maßnahmen bündelnden bildungspolitischen Schwerpunkte. Den Teil schließt der Versuch einer Identifizierung innovativer Ansatzpunkte zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in den deutschen Schulsystemen als Konsequenzen aus der PISA-Studie ab.

D1 Maßnahmen der Länder zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in den sieben Handlungsfeldern

Die sieben Handlungsfelder der KMK umfassen:

- 1) Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz bereits im vorschulischen Bereich,
- 2) Maßnahmen zur besseren Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschule mit dem Ziel einer frühzeitigen Einschulung,
- 3) Maßnahmen zur Verbesserung der Grundschulbildung und durchgängige Verbesserung der Lesekompetenz und des grundlegenden Verständnisses mathematischer und naturwissenschaftlicher Zusammenhänge,
- 4) Maßnahmen zur wirksamen Förderung bildungsbenachteiligter Kinder, insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund,
- 5) Maßnahmen zur konsequenten Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards sowie einer ergebnisorientierten Evaluation,

3 Bei dem Erhebungsbogen handelt es sich um keinen wissenschaftlichen Fragebogen, sondern um ein spezielles Instrument zur systematisierten Erfassung der Maßnahmen der Länder (siehe Anhang).

- 6) Maßnahmen zur Verbesserung der Professionalität der Lehrertätigkeit, insbesondere im Hinblick auf diagnostische und methodische Kompetenz als Bestandteil systematischer Schulentwicklung,
- 7) Maßnahmen zum Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten mit dem Ziel erweiterter Bildungs- und Förderungsmöglichkeiten, insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Bildungsdefiziten und mit besonderen Begabungen.

Im *Handlungsfeld 1* werden verstärkte Angebote zur Sprachförderung, insbesondere für Migrantenkinder und deren Eltern, die Weiterentwicklung der Bildungskonzepte für den Kindergarten und für den Vorschulunterricht sowie die Maßnahmen zu Sprachstandsfeststellungen erfasst. Dabei zeigen sich deutliche Schwerpunkte in fast allen Ländern bei einer bereits im vorschulischen Bereich einsetzenden Sprachförderung für alle Kinder, insbesondere jedoch für Migrantenkinder (vgl. Tabelle D/1).

Tabelle D/1 *Handlungsfeld 1: Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz bereits im vorschulischen Bereich*

| | Verstärkte Angebote zur Sprachförderung | Sprachförderung für Migrantenkinder | Sprachförderung für Migrantenkinder und deren Eltern | Weiterentwicklung der Bildungskonzepte für den Kindergarten | Weiterentwicklung der Bildungskonzepte für den Vorschulunterricht | Bildungskonzepte unter besonderer Berücksichtigung der Sprachförderung | Sprachstandsfeststellungen für alle Kinder | Sprachstandsfeststellungen für Migrantenkinder |
|----|---|-------------------------------------|--|---|---|--|--|--|
| BW | P | E | P | P | - ¹ | E | P ² | P |
| BY | E | E | E ³ | E ⁴ | | E | E | E |
| BE | E | E | E | E | E | E | E | E |
| BB | - | E | - | P | - | E | E | - |
| HB | P ⁴ | E | E, P ⁵ | P | P ^{4,5} | E | E | E |
| HH | E | E | E | E | P | E, P | P | P |
| HE | E | E | E ⁶ , P | E ³ , P ⁷ | P ⁷ | E ⁸ | P | E |
| MV | P | P | - | P | P | P | P | P |
| NI | E | E | ¹⁷ | | E ⁹ | E | E | E |
| NW | E | E | E | P | P | E | P, E ⁴ | P, E ⁴ |
| RP | E | E | E | P | | P | P ¹⁰ | P ¹⁰ |
| SL | P | P | - | E, P | P | E | P | P |
| SN | E | E | - | E | P ¹¹ | E | E ¹² | E |
| ST | P | P | - | P | P | P | P | P |
| SH | E ³ | E ³ | E ¹³ | ¹⁹ | - | P | ¹⁸ | E ¹⁴ , P ¹⁵ |
| TH | E | E | P | E ¹⁶ | | P | P | P |

E = Eingeführt

P = Geplant

- = Antwort mit Nein; leere Felder bedeuten keine bzw. keine eindeutig zuordenbare Antwort im Erhebungsbogen

1 kein Unterricht, aber Bildungsangebot

2 als Angebot

3 teilweise

4 Einführung ab Schuljahr 2003/04

5 Ausweitung geplant

6 teilweise Einführung, jedoch in der Regel nicht in der Zuständigkeit der Schulen und des Hessischen Kultusministeriums

7 Zuständigkeit des Hessischen Sozialministeriums

8 insbesondere für Migrantenkinder

9 bezogen auf vorschulische Sprachförderung

10 Bildung- und LERMDokumentation in der KITA

11 ein freiwilliges vorschulisches Bildungsangebot soll künftig ermöglicht werden

12 4. Lebensjahr

13 als Modellversuch

14 Pilotprojekt an bestimmten Standorten

15 abhängig von rechtlichen Voraussetzungen

16 Leitlinien zur frühkindlichen Bildung ab Kindergartenjahr 2003/2004 (Probejahr)

17 Initiativen einzelner Kommunen, die Sprachförderung des Landes für Migrantenkinder durch Angebote für die Eltern zu ergänzen

18 Schleswig-Holstein bietet Migrantenkindern ein besonderes Verfahren an, das auch für alle anderen Kinder genutzt werden kann

19 entsprechend einer Vereinbarung mit den jeweiligen Trägern immanenter Bestandteil ihres Auftrages

Damit ist offenbar eine wichtige Konsequenz aus der PISA 2000-Studie weitgehend umgesetzt. Während alle Länder angeben, Maßnahmen zur Sprachförderung für die Migrantenkinder eingeführt bzw. geplant zu haben, nennt etwa die Hälfte der Länder auch Maßnahmen, die sich auf die Kinder und deren Eltern gleichermaßen beziehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass ohne Sprachförderung auch der Eltern, insbesondere der Mütter, die eingeleitete Sprachförderung beschränkt bleibt. Wie die Erhebung zeigt, ist die Weiterentwicklung der Bildungskonzepte für den Kindergarten und den Vorschulunterricht zum Teil geplant, zum Teil bereits Realität. Offenbar beabsichtigen alle Länder Sprachstandsfeststellungen für alle Kinder. Eine Reihe von Ländern hat diese bereits eingeführt (Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen und Sachsen).

Im *Handlungsfeld 2* finden sich Maßnahmen der frühkindlichen Bildung, insbesondere die Intensivierung der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen, die Reduzierung der Zahl der Zurückstellungen bei der Einschulung sowie die Einführung flexibler Einschulungsmöglichkeiten. Die deutliche Mehrheit der Länder hat nach eigenen Angaben Maßnahmen zur Intensivierung der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen eingeführt (vgl. Tabelle D/2). In der Regel haben diese Maßnahmen auch das Ziel, die Zahl der bei der Einschulung zurückgestellten Schüler deutlich zu reduzieren. Offenbar sind in einigen Ländern zugleich die Einschulungsmöglichkeiten flexibler geworden. Eine Flexibilisierung ist in weiteren Ländern in den nächsten Jahren geplant.

Tabelle D/2 *Handlungsfeld 2: Maßnahmen zur besseren Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschule*

| | Intensivierung der Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule | Reduktion der Zahl der Rückstellungen | Flexible Einschulungsmöglichkeiten |
|----|--|---------------------------------------|------------------------------------|
| BW | E | E | E |
| BY | E | – | E |
| BE | E | E | P ¹ |
| BB | E | P | E ² |
| HB | E | E | P ³ |
| HH | E, P | E | ⁸ |
| HE | E, P | E | E |
| MV | E | P | P |
| NI | P | P | P |
| NW | E, P | P ³ | ⁸ |
| RP | E | E | P |
| SL | E, P | E | – ⁴ |
| SN | P | E ⁵ , P ⁶ | P ⁷ |
| ST | E | E | E |
| SH | E | E | ⁸ |
| TH | E | E | E |

1 2005

2 Ausweitung ab Schuljahr 2003/2004 vorgesehen

3 ab Schuljahr 2005/2006

4 Planungen noch nicht abgeschlossen; evtl. wird das Einschulungsalter schrittweise vorverlegt

5 Projekt an 25 Grundschulen

6 flächendeckende Einführung

7 mit Schulgesetznovellierung

8 in Hamburg (seit 1999), in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein gibt es bereits mehrere Möglichkeiten für eine flexible Einschulung

Handlungsfeld 3 verbindet vorwiegend strukturelle Maßnahmen (Einführung einer verlässlichen Halbtagsgrundschule, Ganztagsschulangebote) mit wichtigen Momenten der Steue-

zung von Prozessen (Optimierung der Lernzeiten, Instrumente zur Leistungsdiagnose, Sprachförderung, neue methodisch-didaktische Konzepte für den Bereich Lesekompetenz/ Textverständnis) und Maßnahmen der Ergebnisanalyse (Lernstandsermittlung) zur Verbesserung der Grundschulbildung.

Tabelle D/3 Handlungsfeld 3: Maßnahmen zur Verbesserung der Grundschulbildung und durchgängige Verbesserung der Lesekompetenz

| | Einführung einer verlässlichen Halbtags-grundschule | Einführung von Ganztags-schulangeboten an Grund-schulen | Fortlaufende Lernstands-ermittlung | Optimierung der Gestaltung der Lernzeiten | Entwicklung von Instrumenten zur Leistungs-diagnose | Sprach-förderung in Förder-lassen | Entwicklung von methodisch-didak-tischen Konzepten für den Bereich Lesekompetenz/ Textverständnis |
|----|---|---|------------------------------------|---|---|-----------------------------------|---|
| BW | E | E | E | E | E | E | E |
| BY | E | – | | | E ² | E ³ | |
| BE | E ⁴ , P ⁵ | P | P | P | P | E | E |
| BB | P | P | P | – | P | E | P |
| HB | E | E | E | E | E ⁶ , P ¹⁷ | E | P ²⁰ |
| HH | E | E | E | E | E ²³ | P | E ²³ |
| HE | E | P | P | ²¹ | P | ²² | E |
| MV | E | E | P | E | – | E | P |
| NI | E | E | P | P | P | E | P |
| NW | E | E | E ⁷ , P ⁸ | P | P | E | E |
| RP | E | E | E | E | E | – | P |
| SL | – | E, P | E, P | – | P | P | P |
| SN | – | E ⁹ | E ¹⁰ , P ¹¹ | E | E ¹² | E ¹³ , P ¹⁴ | P |
| ST | E | E | E | P | E ¹ , P ¹ | – | E |
| SH | E ¹⁵ , P | P | E | P | E ¹⁶ , P ¹⁷ | E ¹⁸ , P ¹⁹ | – |
| TH | E | E | E | E | E | E | P |

- 1 teilweise
- 2 Orientierungsarbeiten 2./3. Jahrgangsstufe
- 3 Sprachlernklassen für Migrantenkinder
- 4 Schulversuch
- 5 flächendeckend ab 2005
- 6 Primarstufe, teilweise
- 7 Parallelarbeiten in der 3. Klasse
- 8 Vergleichsarbeiten in Klasse 4 ab 2004/2005
- 9 Grundschulen und Horte
- 10 Klassenarbeiten und dergleichen
- 11 Orientierungsarbeiten
- 12 Projekt „Optimierte Schuleingangsphase“
- 13 LRS-Klassen (Lese- und Rechtschreibförderung)
- 14 Leseleistungsanalyse (Klasse 1) und Leselernstandskontrolle (Klasse 2)
- 15 schrittweise
- 16 in Form von Parallelarbeiten
- 17 in Form von Vergleichsarbeiten
- 18 in DAZ-Zentren (DAZ = Deutsch als Zweitsprache)
- 19 als Erweiterung
- 20 Einführung ab 2003/04
- 21 in Hessen möglich mit pädagogischer Begründung auf Entscheidung der Einzelschule
- 22 in Hessen in Vorklassen, Förderkursen und Sprachheilklassen
- 23 in Hamburg sind entsprechende Instrumente und Konzepte bereits implementiert

Tabelle D/3 gibt einen Überblick über die eingeführten und geplanten Maßnahmen. Fast alle Länder geben an, dass Maßnahmen zur Einführung einer verlässlichen Halbtagsgrundschule ergriffen worden sind; bis auf Bayern nennen die Länder die Umsetzung von Maßnahmen zur Einführung von Ganztags-schulangeboten an Grundschulen oder planen deren Einführung. Bezüglich der Sprachförderung in Förderklassen wurden außer in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt entsprechende Maßnahmen eingeführt oder geplant. Eine große Rolle spielen in den Ländern auch Maßnahmen zur Entwicklung von methodisch-didaktischen Konzepten für den Bereich Lesekompetenz/Textverständnis in der Grundschule. In allen Län-

dern (in Schleswig-Holstein liegen nach eigenen Angaben entsprechende Konzepte des Landesinstituts vor) sind solche offenbar vorgesehen oder bereits realisiert (so in Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt). Bezüglich der Maßnahmen zur Optimierung von Lernzeiten beabsichtigen nur zwei Länder (Brandenburg und Saarland) nach der Erhebung keine Aktivitäten. Hinsichtlich der fortlaufenden Lernstandsermittlung scheinen fast alle Länder dabei zu sein, solche Maßnahmen zu erproben und einzuführen.

Handlungsfeld 4 hat die wirksame Förderung bildungsbenachteiligter Kinder, insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zum Ziel. Dazu wurden von den Ländern im Einzelnen Maßnahmen zur Intensivierung der Kooperationen Elternhaus-Schule und Schuljugendarbeit⁴-Schule, zur Einrichtung von Förderklassen⁵ und Praxisklassen⁶ sowie Fördermaßnahmen für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache beschlossen. Diese Maßnahmen werden zum Teil bereits seit längerem verfolgt.

Tabelle D/4 *Handlungsfeld 4: Maßnahmen zur wirksamen Förderung bildungsbenachteiligter Kinder, insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund*

| | Intensivierung der Kooperation Elternhaus-Schule | Intensivierung der Kooperation Schuljugendarbeit-Schule | Einrichtung von Förderklassen | Einrichtung von Praxisklassen | Fördermaßnahmen für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache |
|----|--|---|-------------------------------|-------------------------------|---|
| BW | E | E | E | E | E |
| BY | E ¹ | E | E ² | E | E |
| BE | P | | E | | E |
| BB | P | E | E | P ³ | E |
| HB | P ⁹ | P ⁹ | E | P ⁹ | E |
| HH | E | E | E | E ¹³ | E |
| HE | E, P | P | E ¹⁰ | E ⁴ | E |
| MV | E | E | E | – | P |
| NI | E | E | E | – | E |
| NW | P | E | – | – ¹¹ | E |
| RP | E | E | P ⁹ | E | E |
| SL | P | E, P | P ⁵ | E | E, P ⁶ |
| SN | E | E | – ¹¹ | – | E ⁷ |
| ST | P | E | E | P | E |
| SH | E | P | E ⁸ | – | E, P ⁶ |
| TH | P | E | E | E | ¹² |

1 Elternbriefe, Informationsmaterial, „Mütter lernen Deutsch in der Schule ihrer Kinder“

2 Sprachlernklassen für Migrantenkinder

3 flächendeckendes Netz von Praxislernklassen (an außerschulischen Lernorten) für unterschiedliche Zielgruppen in der Sek I

4 modellhaft in 13 Sonderschulen

5 Intensivkurse

6 Ausweitung bzw. Verstärkung geplant

7 Vorbereitungsklassen und schrittweise begleitende Integration in die Regelklasse

8 DAZ-Förderzentren

9 Einführung ab 2003/04

10 173 Sprachheilklassen und 87 Kleinklassen für Erziehungshilfe

11 vorgesehen

12 in Thüringen gibt es Fördermaßnahmen für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache seit Mitte der 1990er-Jahre

13 Praxisklassen existieren bereits seit einiger Zeit

4 Schuljugendarbeit ist ein außerunterrichtliches Angebot an der Schule. Sie dient dazu, die Schule als Lebensraum und Lernort weiter zu entwickeln.

5 Förderklassen richten sich an bestimmte Schülergruppen mit einem besonderen pädagogischen Bedarf (z.B. für Hochbegabte oder auch für Lernschwache).

6 Praxisklassen sind meist an die Hauptschule oder den entsprechenden Bildungsgang angegliedert und bieten ein spezielles Bildungsangebot v.a. zur Vorbereitung auf den Übergang in die (betriebliche) berufliche Ausbildung.

Der Blick in Tabelle D/4 zeigt, dass dem letztgenannten Problembereich in allen Ländern durchweg Priorität eingeräumt wurde. Die Erhebung macht deutlich, dass fast alle Länder bereits entsprechende Maßnahmen eingeführt haben.

Tabelle D/5 Handlungsfeld 5: Maßnahmen zur konsequenten Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards sowie einer ergebnisorientierten Evaluation

| | Neufassung von Rahmen-Lehrplänen | Erstellung von Schulprogrammen | Durchführung und Auswertung von Vergleichsarbeiten (schulübergreifend) | Intensivierung der externen Evaluation | Erarbeitung von Standards in den Kernfächern | Qualitätsmanagement an Schulen |
|----|-----------------------------------|----------------------------------|--|--|--|-----------------------------------|
| BW | P ²⁸ | E ² | E ³ | P ²⁸ | P ²⁸ | E ² , P ¹⁰ |
| BY | E ⁴ , P ⁵ | E ² | E | E | E ⁶ | E |
| BE | E ⁷ , P ⁸ | E ⁹ , P ¹⁰ | E ⁹ , P ¹⁰ | P | E, P | E ¹¹ , P ¹² |
| BB | E ¹³ , P | E | E ¹⁴ | E | E ¹⁵ | – ¹⁶ |
| HB | E | E, P ¹⁷ | E ¹⁸ | P | E | E ¹ , P ¹⁹ |
| HH | E | E | E | P | E | E ¹⁶ , P |
| HE | E ²⁰ , P ²¹ | E | E ²² , P ²³ | E | P | E |
| MV | E, P | E | E, P | E | – | E, P |
| NI | P | E ² | E | E ²⁴ , P | P | E ²⁴ , P |
| NW | P | E, P ¹⁹ | E, P ²⁵ | P | P | E, P ¹⁹ |
| RP | E | E | E | P ³¹ | P ²⁷ | E |
| SL | P | E ²⁶ , P | E, P | E, P | P ²⁷ | P |
| SN | P ²⁸ | E ³² | E ³³ | P | P ²⁹ | P |
| ST | P | E | E | P | E | P |
| SH | – | E | P | P | P | P ³⁰ |
| TH | E | E | E | E | E | E |

- 1 teilweise
- 2 auf freiwilliger Basis
- 3 Schulformspezifisch
- 4 Grundschule, Realschule
- 5 in Arbeit: Hauptschule, Gymnasium
- 6 bei einigen Schulformen
- 7 DAZ (Deutsch als Zweitsprache)
- 8 Grundschule, Sekundarstufen I und II
- 9 Schulversuch
- 10 flächendeckend
- 11 Berufsschulen
- 12 allgemein bildende Schulen
- 13 Rahmenlehrpläne für die Grundschule werden 2004/05 eingeführt; Rahmenlehrpläne für die gymnasiale Oberstufe werden 2005/06 eingeführt (seit dem Schuljahr 2002/03 werden neue Rahmenlehrpläne für alle Fächer der Sekundarstufe I eingeführt)
- 14 in Brandenburg ersetzen Vergleichsarbeiten Klassenarbeiten und werden von überschulischen Fachkonferenzen erarbeitet
- 15 mit Standards sind hier die Qualifikationserwartungen in den Brandenburger Rahmenlehrplänen gemeint
- 16 in Brandenburg und Hamburg wird Qualitätsmanagement als ein Ziel der Schulprogrammarbeit definiert
- 17 Verpflichtung mit Termin
- 18 Vergleichsarbeiten in den Jahrgangsstufen 3 und 10; Parallelarbeiten in der Jahrgangsstufe 6
- 19 Ausweitung/Weiterentwicklung geplant
- 20 Sekundarstufe I
- 21 Grundschule, Sekundarstufe II, Schule für Lernhilfe
- 22 Mathematik
- 23 Deutsch/Englisch
- 24 in Erprobung
- 25 Ergänzung von Parallelarbeiten durch zentrale Lernstandserhebungen
- 26 Empfehlung an die Schulen
- 27 Übernahme der bundeseinheitlichen Standards
- 28 Einführung ab 2004/2005
- 29 KMK-Ebene und auf Ebene der CDU-regierten Länder
- 30 EVA (Evaluation der Schulprogrammarbeit in Schleswig-Holstein), EVIT (Externe Schulische Evaluation im Team)
- 31 Durchführung von MARKUS, weitere Untersuchungen vorgesehen
- 32 Empfehlung an die Schulen, Modellversuch, verbindliche Einführung ab 2003/04
- 33 Orientierungsarbeiten werden seit 2002/03 schrittweise und ab 2003/04 flächendeckend eingeführt

Große Bedeutung besitzen auch die Maßnahmen zur Intensivierung der Kooperation der Schule mit dem Elternhaus und der Schuljugendarbeit, wobei letztere weit überwiegend bereits Realität zu sein scheinen. Bei den Maßnahmen zur Intensivierung der Kooperation mit

dem Elternhaus zeigt sich eine Zweiteilung: Etwa die Hälfte der Länder hat solche Maßnahmen eingeführt, die übrigen haben sie geplant. Die Einrichtung von Förderklassen ist offenbar weitgehende Praxis. Weniger Aufmerksamkeit scheint der Einrichtung von Praxis-
klassen zuzukommen.

Einen Überblick über die Realisierung der Maßnahmen im *Handlungsfeld 5*, die unmittelbar auf die Qualitätsverbesserung von Schule und Unterricht zielen, gibt Tabelle D/5 (siehe S. 263). Nach den Angaben wurden in allen Ländern vor allem Maßnahmen zur Erstellung von Schulprogrammen sowie zur Durchführung und Auswertung schulübergreifender Vergleichsarbeiten (in Schleswig-Holstein geplant) eingeführt. Auch die Maßnahmen hinsichtlich der Neufassung von Rahmenplänen, der Erarbeitung von Standards in den Kernfächern, der Intensivierung der externen Evaluation und der Entwicklung des Qualitätsmanagements an Schulen werden in fast allen Ländern als besonders wichtig angesehen.

Angesichts der zentralen Bedeutung der qualitätentwickelnden und -sichernden Maßnahmen im Handlungsfeld 5 – und weil diese Maßnahmen das Steuerungsmodell Input-Prozess-Output relativ deutlich abbilden – sollen die Aussagen im Folgenden weiter vertieft werden. Dabei konzentrieren sich die Anstrengungen auf die Überarbeitung der Rahmenpläne (in den Fächern Deutsch und Mathematik), auf die Entwicklung von Standards⁷ sowie auf die Praxis der externen Leistungserhebungen.

Eine *Lehrplanrevision* in den Fächern Deutsch und Mathematik für die Grundschule wird nach eigenen Angaben von der Mehrheit der Länder aktuell vorgenommen (vgl. Tabelle D/6). Diese Überarbeitung bezieht sich sowohl auf alle Klassenstufen als auch auf beide Fächer gleichermaßen.

Tabelle D/6 *Lehrplanrevision in Deutsch (D) und Mathematik (M) in der Grundschule (Anzahl der Länder)*

| | Kl. 1 | | Kl. 2 | | Kl. 3 | | Kl. 4 | | Kl. 5 | | Kl. 6 | |
|-------------|-------|----|-------|----|-------|----|-------|----|-------|---|-------|---|
| | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M |
| Grundschule | 12 | 12 | 12 | 12 | 12 | 12 | 12 | 12 | 2 | 2 | 2 | 2 |

Quelle: Tabelle D/20 im Anhang

In den Sekundarstufen I und II zeigt sich ein ähnliches Bild: Auch hier werden Lehrplanüberarbeitungen von der Mehrheit der Länder in beiden Fächern gleichermaßen vorgenommen, und zwar relativ gleich verteilt auf die Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 5/7 bis 10 (vgl. Tabelle D/7). Es fällt jedoch auf, dass die Mehrzahl der Länder bei der Überarbeitung der Lehrpläne den Schwerpunkt offenbar auf das Gymnasium richtet, wobei sich die Überarbeitungen auf die Klassenstufen 7 bis 10 konzentrieren.

Der Blick auf die Tabellen D/6 und D/7 verdeutlicht zugleich, dass Lehrpläne als Steuerungsinstrument offenbar nach wie vor eine deutliche Wertschätzung erfahren. Angesichts der im Abschnitt B 1 beschriebenen ungewissen Erkenntnislage hinsichtlich der schulpraktischen Wirksamkeit des Steuerungsinstruments Lehrpläne ergibt sich daraus die Konsequenz, ihrer schulpraktischen Umsetzung wesentlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Offenbar sind hier aber auch genauere Analysen zu ihrer Wirksamkeit nötig. Auch für die Vermutung, dass sich angesichts der Diskussion um Bildungsstandards die Rolle von Lehr-

7 Die folgenden Aussagen sind in Bezug zu vorherigen Darstellungen (vgl. Teil B1) zu sehen.

plänen als Steuerungsinstrument abschwäche, lassen sich aus dieser Erhebung keine Belege ableiten.

Tabelle D/7 Lehrplanrevision in Deutsch (D) und Mathematik (M) in den Schulen der Sekundarstufen I und II (Anzahl der Länder)

| | Kl. 5 | | Kl. 6 | | Kl. 7 | | Kl. 8 | | Kl. 9 | | Kl. 10 | | Kl. 11 | | Kl. 12 | | Kl. 13 | |
|-----------------|-------|----|-------|----|-------|----|-------|----|-------|----|--------|----|--------|----|--------|----|--------|---|
| | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M |
| OS ⁸ | 1 | 1 | 1 | 1 | | | | | | | | | | | | | | |
| HS | 4 | 5 | 4 | 5 | 7 | 8 | 7 | 8 | 7 | 8 | 6 | 7 | | | | | | |
| SMB | 2 | 3 | 2 | 3 | 4 | 4 | 3 | 4 | 3 | 4 | 3 | 4 | | | | | | |
| RS | 3 | 4 | 3 | 4 | 6 | 7 | 6 | 7 | 6 | 7 | 6 | 7 | | | | | | |
| GY | 9 | 10 | 9 | 10 | 12 | 14 | 12 | 14 | 12 | 14 | 12 | 14 | 11 | 11 | 11 | 11 | 4 | 4 |
| IGS | 3 | 4 | 3 | 4 | 6 | 7 | 6 | 7 | 6 | 7 | 6 | 7 | 4 | 3 | 4 | 3 | 2 | 2 |

Quelle: Tabellen D/21 und D/22 im Anhang

Tabelle D/8 Entwicklung von Standards allgemein

| | Alle Fächer | Kernfächer | Ausgewählte Fächer |
|----|----------------|------------------|--|
| BW | X | | |
| BY | X ¹ | | |
| BE | | X | |
| BB | X ² | | |
| HB | | X ⁸ | X ³ |
| HH | X ⁴ | | |
| HE | | X | |
| MV | X ⁵ | | |
| NI | | X ⁹ | Grundschule: D, M |
| NW | | X | |
| RP | | X ³ | |
| SL | X ⁶ | | |
| SN | | X ^{3,7} | Grundschule: D, M / Sekundarstufe I und II: D, M, E, F, BIO, PHY, CH |
| ST | | X ¹⁰ | |
| SH | | X ³ | |
| TH | | X | |

E = Englisch, F = Französisch, BIO = Biologie, PHY = Physik, CH = Chemie

- 1 im Rahmen der Lehrplanüberarbeitung für HS und GY Formulierung von Grundwissen und Kernkompetenzen
- 2 verstanden als Qualifikationserwartungen in allen neuen Rahmenlehrplänen (Jahrgangsstufe 10); Erprobung in den Kernfächern der Grundschule (Jahrgangsstufe 6) findet gegenwärtig statt.
- 3 KMK-Standards; in Bremen werden die in den Lehrplänen formulierten Anforderungen am Ende der Jahrgangsstufen 4 und 10 nach den KMK-Standards überprüft und ggf. überarbeitet.
- 4 sowie Aufgabengebiete (z.B. berufliche und ökonomische Orientierung) und Herkunftssprachlicher Unterricht
- 5 Grundschule zusammen mit Berlin, Brandenburg, Bremen
- 6 Anpassung an die nationalen Standards
- 7 Standards auf Ebene der CDU-regierten Länder (z. Zt. Geschichte); sowie landesspezifische Standards geplant für frühes Fremdsprachenlernen in der Grundschule (Englisch, Französisch, Tschechisch und Polnisch)
- 8 Lehrpläne, die seit 2001 für die Primarstufe und die Sekundarstufe I erlassen wurden, enthalten ausgewiesene Leistungserwartungen („Standards“) für die Jahrgangsstufen 4, 6 und 10
- 9 Niedersachsen beteiligt sich an allen Fachkommissionen auf KMK-Ebene
- 10 in den Schuljahrgängen 2, 4 und 6

Interessant ist die Betrachtung, für welche Fächer und von wem insgesamt Standards erarbeitet werden. Wie Tabelle D/8 zeigt, geben sechs Länder (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Saarland) an, Standards für alle Fächer zu entwickeln. Die übrigen Länder arbeiten nach eigenen Angaben an Standards für

8 Im Erhebungsbogen wurde die schulformunabhängige Orientierungsstufe mit der Abkürzung SUO erfasst.

Kernfächer. In der Regel werden Standards von Kommissionen erarbeitet, die aus Lehrern, Wissenschaftlern und Vertretern der Administration (z.B. der Landesinstitute) zusammengesetzt sind⁹. Eine Reihe von Ländern gibt an, dass sie die von der KMK erarbeiteten Standards zu Grunde legen will. Die ergänzenden Hinweise in den Anmerkungen machen auf eine begriffliche Vielfalt hinsichtlich des Verständnisses von Standards aufmerksam.

Was die *Entwicklung von Standards* in den Fächern Deutsch und Mathematik der Grundschule betrifft, so zeigt sich eine auffällige Konzentration auf die Klassenstufe 4 (vgl. Tabelle D/9). Mehrere Länder erarbeiten darüber hinaus Standards auch für die Klassenstufe 2, Berlin und Brandenburg zudem für die Klassenstufe 6 der sechsjährigen Grundschule.

Tabelle D/10, in der die Entwicklung von Standards für beide Fächer in den Sekundarstufen I und II dargestellt ist, zeigt eine deutliche Häufung in der Klassen- bzw. Jahrgangsstufe 10. Auch hier wird, wenngleich nicht so ausgeprägt wie bei der Lehrplanentwicklung, dem Gymnasium größere Aufmerksamkeit zuteil. Insgesamt verteilt sich die Entwicklung von Standards aber relativ ausgewogen auf die verschiedenen Schulformen und fast alle Klassenstufen. Die Standards werden überwiegend schulformbezogen entwickelt und von einer Reihe von Ländern für Übergänge zwischen Schulstufen bzw. für Abschlüsse formuliert.

Tabelle D/9 *Entwicklung von Standards in Deutsch (D) und Mathematik (M) in der Grundschule (Anzahl der Länder)*

| | Kl. 1 | | Kl. 2 | | Kl. 3 | | Kl. 4 | | Kl. 5 | | Kl. 6 | |
|-------------|-------|---|-------|---|-------|---|-------|----|-------|---|-------|---|
| | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M |
| Grundschule | 1 | 1 | 6 | 5 | 1 | 1 | 12 | 11 | 0 | 0 | 2 | 2 |

Quelle: Tabelle D/24 im Anhang

Tabelle D/10 *Entwicklung von Standards in Deutsch (D) und Mathematik (M) in den Schulen der Sekundarstufen I und II (Anzahl der Länder)*

| | Kl. 5 | | Kl. 6 | | Kl. 7 | | Kl. 8 | | Kl. 9 | | Kl. 10 | | Kl. 11 | | Kl. 12 | | Kl. 13 | |
|-----|-------|---|-------|---|-------|---|-------|---|-------|---|--------|----|--------|---|--------|---|--------|---|
| | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M | D | M |
| OS | | | 2 | 2 | | | | | | | | | | | | | | |
| HS | 3 | 3 | 6 | 6 | 3 | 3 | 5 | 6 | 5 | 5 | 7 | 6 | | | | | | |
| SMB | 1 | 1 | 2 | 2 | 1 | 1 | 2 | 3 | 4 | 4 | 4 | 3 | | | | | | |
| RS | 2 | 2 | 5 | 5 | 2 | 2 | 4 | 4 | 2 | 3 | 8 | 7 | | | | | | |
| GY | 3 | 3 | 7 | 7 | 3 | 3 | 6 | 6 | 4 | 5 | 11 | 10 | 3 | 2 | | 3 | 2 | 1 |
| IGS | 1 | 1 | 5 | 5 | 1 | 1 | 4 | 5 | 3 | 3 | 7 | 6 | | | | | | |

Quelle: Tabellen D/25 und D/26 im Anhang

Betrachtet man die in den Tabellen D/8 bis D/10 dargestellte Entwicklung von Standards, dann zeigen sich folgende Auffälligkeiten: Mit der Entwicklung von Bildungsstandards erweisen sich die Länder als innovativ; sie setzen sie, folgt man ihren Angaben, zügig und umfassend um. Es zeichnet sich ab, dass es eine große Vielfalt und Heterogenität bei der Entwicklung von Standards gibt. Dies wird insbesondere in Tabelle D/8 und den dortigen Anmerkungen sichtbar. Auch wenn man berücksichtigt, dass es gewisse Allianzen zwischen den Ländern bei der Erarbeitung von Standards gibt, scheint dennoch jedes Land „seinen

9 Vgl. Tabelle D/22 im Anhang.

eigenen Weg“ zu gehen. Übereinstimmungen zeigen sich vor allem hinsichtlich der Übergänge und Abschlüsse. Diese Entwicklung könnte die Einführung nationaler Bildungsstandards erschweren¹⁰. Hier wird bei der Einführung nationaler Bildungsstandards ein Abgleich erforderlich sein. Angesichts der kürzlich von der KMK veröffentlichten Entwürfe „nationaler Bildungsstandards“¹¹ ist zu erwarten, dass mit der für Dezember 2003 geplanten KMK-Vereinbarung über Bildungsstandards zum Mittleren Schulabschluss eine gewisse Systematisierung in Verbindung mit einer bundeseinheitlichen Terminologie einhergehen wird.

Tabelle D/11 Bezeichnung der externen Leistungserhebungen

| | Bezeichnung |
|------------------------|--|
| Baden-Württemberg | GS, HS: Diagnosearbeiten ¹² ; RS, GY: Jahrgangsarbeiten ¹² ; zentrale Abschlussprüfungen |
| Bayern | Orientierungsarbeiten ¹ , Jahrgangsstufentests ² |
| Berlin | Orientierungsarbeiten, Vergleichsarbeiten |
| Brandenburg | Orientierungsarbeiten, Vergleichsarbeiten ³ , Jahrgangsstufentests ¹³ |
| Bremen | Vergleichsarbeiten ⁴ , Parallelarbeiten ⁵ |
| Hamburg | LAU 5, 7, 9 und 11 (seit 1996); Vergleichsarbeiten ¹⁵ ; KESS 4 ⁶ |
| Hessen | Orientierungsarbeiten ⁷ , Vergleichsarbeiten ⁸ |
| Mecklenburg-Vorpommern | Vergleichsarbeiten, zusätzlich: VERA ⁹ , zentrale Abschlussprüfung |
| Niedersachsen | Vergleichsarbeiten |
| Nordrhein-Westfalen | Lernstandserhebungen, alternative Bezeichnung: Vergleichsarbeiten |
| Rheinland-Pfalz | Vergleichsarbeiten, VERA |
| Saarland | Orientierungsarbeiten, Vergleichsarbeiten |
| Sachsen | Orientierungsarbeiten, Vergleichsarbeiten ¹⁰ |
| Sachsen-Anhalt | Vergleichsarbeiten ¹⁴ |
| Schleswig-Holstein | Vergleichsarbeiten, VERA ⁹ , EVIT ¹¹ |
| Thüringen | Kompetenztests |

1 Grundschule

2 Hauptschule, Realschule, Gymnasium

3 Vergleichsarbeiten ersetzen Klassenarbeiten und werden von überschulischen Fachkonferenzen erarbeitet. Sie werden in Deutsch und Mathematik in den Jahrgangsstufen 5 und 8 durchgeführt.

4 Klasse 3 und 10

5 Klasse 6

6 KESS: Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern, Klasse 4; im Juni 2003

7 Pilotprojekt in der Grundschule in Klasse 3

8 die 1. Stufe des Mathematikwettbewerbs in Klasse 8 wird als jahrgangsübergreifende Vergleichsarbeit durchgeführt

9 in Rheinland-Pfalz entwickeltes länderübergreifendes Grundschul-Projekt in den Fächern D und M (VERA); beteiligte Länder RP, BE, HB, MV, NW, SH

10 mittelfristig mit anderen Bundesländern

11 EVIT = Externe Evaluation im Team

12 künftig: Vergleichsarbeiten

13 geplant für die Jahrgangsstufe 7

14 in den Schuljahrgängen 3, 7 und 8 in den Kernfächern

15 in den Klassenstufen 3, 6 und 8

In engem Zusammenhang mit der Entwicklung von Bildungsstandards stehen Maßnahmen zur *externen Leistungserhebung*. Bis auf Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die nach eigenen Angaben entsprechende Maßnahmen planen, werden in allen Ländern offenbar externe Leistungserhebungen durchgeführt¹². Überwiegend geschieht dies in Form von

10 Zum Verständnis von Bildungsstandards siehe: Eckhard Klieme/Hermann Avenarius/Werner Blum/Peter Döbrich/Hans Gruber/Manfred Prenzel/Kristina Reiss/Kurt Riquarts/Jürgen Rost/Heinz-Elmar Tenorth/Helmut J. Vollmer: Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards. Eine Expertise. Berlin: 2003.

11 Gemeint sind die Entwürfe nationaler Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz in den Fächern Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache (Englisch/Französisch) für den Mittleren Schulabschluss vom Juli 2003 (vgl. www.kmk.org/aktuell Stand: August 2003).

12 Vgl. Tabelle D/27 im Anhang.

Vergleichsarbeiten. In einer Reihe von Ländern werden zum Teil ergänzend, zum Teil alternativ zu den Vergleichsarbeiten auch Orientierungsarbeiten genutzt. In Bayern gibt es zusätzlich zu den Orientierungsarbeiten Jahrgangsstufentests; in Brandenburg sind Jahrgangsstufentests für die Jahrgangsstufe 7 geplant. Auch hier zeigt sich ein Problem: Was in einem Land Vergleichsarbeiten sind, heißt in einem anderen Orientierungsarbeit. Weitere Begriffe, die im Zusammenhang mit externen Leistungserhebungen genannt werden, sind Diagnosearbeiten (Baden-Württemberg), Parallelarbeiten (Bremen, wobei Bremen zwischen Vergleichsarbeiten in Klasse 3 und 10 sowie Parallelarbeiten in Klasse 6 unterscheidet), zentrale Abschlussarbeiten (Hessen), Lernstandserhebungen (Nordrhein-Westfalen) und Kompetenztests (Thüringen).

Auch wenn die jeweiligen Benennungen möglicherweise unterschiedliche konzeptionelle Ansätze und Funktionen zum Ausdruck bringen, sind sie oft nur noch für Insider verständlich. Ihre Vielfalt erschwert einer breiteren Öffentlichkeit das Verständnis.

In der Regel sind die Aufgabenstellungen sowohl curriculum- als auch kompetenzorientiert. Die externen Leistungserhebungen in Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen sind nach eigenen Angaben primär curriculumorientiert, die in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein hingegen primär kompetenzorientiert. Die Aufgaben werden entweder von gemischten Gremien, in denen auch Fachseminarleiter, Vertreter der Landesinstitute und Vertreter der Schulaufsicht mitwirken, oder von Lehrern und Wissenschaftlern gemeinsam entwickelt¹³. Wenige Länder verzichten nach eigenen Angaben bei der Aufgabenentwicklung auf wissenschaftliche Expertise (Baden-Württemberg, Bremen, Hessen und Niedersachsen). Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein geben zudem an, externe Expertise zu nutzen. In allen Ländern werden nach eigenen Angaben die Gesamtergebnisse von externen Leistungserhebungen veröffentlicht. Dies geschieht durchweg für alle Schulformen¹⁴. Nur Hessen gibt an, auch die Ergebnisse der Einzelschule für alle allgemein bildenden Schulformen der Sekundarstufen I und II zu veröffentlichen. Ebenfalls in allen Ländern gibt es eine Rückmeldung über die erreichten Ergebnisse an die Beteiligten, und zwar in der Regel für alle Schulformen¹⁵. In erster Linie ist sie an die Schulleitungen gerichtet (nach eigenen Angaben in allen Ländern). In fast allen Ländern sollen auch die Lehrkräfte sowie die Schulaufsicht eine jeweilige Rückmeldung erhalten. Nicht in allen Ländern erhalten nach der Erhebung auch die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern eine entsprechende Rückmeldung. Damit wird aber zugleich ein Problem deutlich, nämlich, wie die Schulen von den externen Leistungserhebungen profitieren können. Wie die Schulen und die unmittelbar Betroffenen (Schüler, Lehrer, Schulleiter) die sie betreffenden Daten und Informationen in ihrem schulischen Alltag tatsächlich zur Qualitätsverbesserung nutzen, muss als offene Frage angesehen werden.

Wie erwähnt, werden die externen Leistungserhebungen in den Schulformen unterschiedlich durchgeführt. Tabelle D/12 zeigt, dass die meisten Leistungserhebungen in der Grundschule stattfinden. Überwiegend werden dabei landeseinheitliche Aufgaben gestellt. In einigen Ländern werden diese durch schulspezifische Aufgaben (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) bzw. durch für mehrere Schulen einheitliche Aufgaben

13 Vgl. Tabelle D/28 im Anhang.

14 Vgl. Tabelle D/36 im Anhang.

15 Vgl. Tabelle D/38 im Anhang.

(Berlin) ergänzt. Leistungserhebungen für die schulformunabhängige Orientierungsstufe (OS) gibt es in Bremen; hier werden schulspezifische Aufgaben gestellt¹⁶.

Tabelle D/12 Externe Leistungserhebung nach Schulform (Anzahl der Länder)

| | GS | OS | HS | SMB | RS | GY | IGS |
|---|----|----|----|-----|----|----|-----|
| Landeseinheitliche Aufgaben | 14 | 0 | 7 | 6 | 8 | 12 | 8 |
| Für mehrere Schulen einheitliche Aufgaben | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 |
| Schulspezifische Aufgaben | 3 | 1 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 |

Quelle: Tabelle 29 im Anhang

Leistungserhebungen für die Hauptschule gibt es in acht Ländern. In sieben dieser acht Länder werden die Aufgaben landeseinheitlich entwickelt. In einem Land (Bremen) werden für mehrere Schulen einheitliche Aufgaben gestellt (orientiert an landeseinheitlichen Musteraufgaben, ab 2003/04 mit landeseinheitlichen Aufgabenstellungen). Die Aufgaben für Leistungserhebungen in Schulen mit mehreren Bildungsgängen (SMB), die es in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt, werden landeseinheitlich entwickelt. Für die Realschulen gibt es in neun Ländern Leistungserhebungen, in Bremen mit einheitlichen Aufgaben für mehrere Schulen (orientiert an landeseinheitlichen Musteraufgaben, ab 2003/04 mit landeseinheitlichen Aufgabenstellungen), in Nordrhein-Westfalen mit landeseinheitlichen und schulspezifischen Aufgaben sowie in übrigen sieben Ländern mit landeseinheitlichen Aufgaben. In Schleswig-Holstein werden externe Leistungserhebungen an Gymnasien durch die Schulaufsicht durchgeführt und zentral geprüfte, aber schulspezifische Aufgaben gestellt. Bis auf Bremen, das nach dem beschriebenen Modell verfährt, werden landeseinheitliche Aufgaben gestellt. Auch die Länder, die über Gesamtschulen verfügen, geben an, dass an diesen Schulen externe Leistungserhebungen vorgenommen werden. Die Länder verfahren dabei analog zu den Leistungserhebungen in den Schulformen¹⁷.

Insgesamt zeigt sich, dass externe Leistungserhebungen fast ausschließlich mit landeseinheitlichen Aufgabenstellungen durchgeführt werden; eine gewisse Häufung ist vor allem bei der Grundschule sichtbar. Eine Schwerpunktsetzung auf bestimmte Schulformen der Sekundarstufe I lässt sich nicht ableiten, da es hinsichtlich der verschiedenen Schulformen keine vergleichbare Situation in den Ländern gibt. Zum einen deshalb, weil nicht alle Länder über Gesamtschulen verfügen, zum anderen deshalb, weil in den Ländern, in denen es Schulen mit mehreren Bildungsgängen gibt, meist keine Haupt- und Realschulen existieren. In der Tendenz lässt sich jedoch sagen, dass in allen Schulformen der Sekundarstufe I gleichermaßen externe Leistungserhebungen durchgeführt werden.

Bezüglich der Differenzierung externer Leistungserhebungen nach Jahrgangsstufen und Fächern¹⁸ zeigt sich, dass sich die Erhebungen in der Grundschule auf die Jahrgangsstufen 3 und 4 sowie auf die Fächer Deutsch und Mathematik konzentrieren. Für die Hauptschule, die Schulen mit mehreren Bildungsgängen, die Realschule sowie die Gesamtschule zeigt sich eine relativ gleichmäßige Verteilung auf alle Jahrgangsstufen. Hinsichtlich der Fächer werden Leistungserhebungen in diesen Schulformen zum Teil nur in Mathematik, überwie-

¹⁶ In Bremen wird die Orientierungsstufe mit dem Schuljahr 2004/05 abgeschafft.

¹⁷ Vgl. auch Tabellen D/30 bis D/35 im Anhang.

¹⁸ A.a.O.

gend aber in Deutsch, Mathematik und 1. Fremdsprache/Englisch durchgeführt. Lediglich beim Gymnasium ist eine gewisse Häufung in den Jahrgangsstufen 8 und 9 feststellbar.

Tabelle D/13 Zentrale Abschlussprüfungen

| Schulform | Hauptschule | SMB | Realschule | Gymnasium | IGS |
|-----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| BW | X | | X | X | |
| BY | X | | X | X | |
| BE ¹ | | | | | |
| BB | | | X | X | X |
| HB | X ² | | X ² | X ² | X ² |
| HH | X ³ | X ⁶ | X ³ | X ³ | X ³ |
| HE | X ⁴ | X ⁴ | X ⁴ | X ⁴ | X ⁴ |
| MV | | X | X | X | X |
| NI | X ² | X ² | X ² | X ² | X ² |
| NW | X ² | | X ² | X ² | X ² |
| RP | | | | | |
| SL | | X ⁵ | | X | X |
| SN | | X | | X | |
| ST | | X | | X | X |
| SH | | | | | |
| TH | X | X | | X | X |

1 geplant schulformübergreifend in Klasse 10 und im Abitur

2 in Planung (in Bremen: Einführung zum Schuljahr 2005/06 am Ende eines jeden Bildungsganges)

3 ab 2005 mit zentralen Elementen

4 ab 2004 (für Gymnasien ab 2007)

5 im Saarland wird neben der zentralen Prüfung zum Hauptschulabschluss, zum mittleren Bildungsabschluss und zum Abitur eine zentrale Prüfung für Externe (Nichtschüler) für den Hauptschulabschluss und den mittleren Bildungsabschluss durchgeführt

6 gemeint sind hier die beiden kooperativen Gesamtschulen in Hamburg

Zentrale Abschlussprüfungen oder Abschlussprüfungen mit zentralen Elementen, wie sie in Hamburg geplant sind, bekommen als eine wichtige Form externer Leistungserhebungen zunehmende Bedeutung. In vierzehn der sechzehn Länder sind sie vor allem für das Gymnasium, aber auch für die anderen Schulformen zum Abschluss der Klasse 10 eingeführt oder werden in den nächsten beiden Jahren (in Bremen zum Schuljahr 2005/06, in Hessen bis 2007) zur Einführung vorbereitet (vgl. Tabelle D/13). Schleswig-Holstein führt anstelle zentraler sogenannte externe Abschlussprüfungen durch. Mehrere Länder (Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen) geben an, dass neben zentralen offenbar auch externe Abschlussprüfungen durchgeführt werden.¹⁹

Die Tabellen D/14 und D/15 zeigen die Art und Weise der Veröffentlichung der Ergebnisse zentraler bzw. externer Abschlussprüfungen und geben Aufschluss darüber, an wen die Ergebnisse zurückgemeldet werden. Dabei ergibt sich im Wesentlichen das gleiche Bild, das bereits zuvor bei der Veröffentlichung der Ergebnisse externer Leistungserhebungen im Allgemeinen und der Rückmeldung der Ergebnisse beschrieben wurde.

19 Vertiefende Informationen zur Verteilung der zentralen Abschlussprüfungen in den Jahrgangsstufen 9 und 10 auf die einzelnen Schulformen sowie zu den abgeprüften Fächern finden sich in Tabelle D/38 im Anhang. Ebenso spiegelt Tabelle D/39 im Anhang die Angaben zu den Fächern der zentralen Abiturprüfungen in den Jahrgangsstufen 12 und 13 des Gymnasiums und der Gesamtschule wider. Tabelle D/40 gibt einen Überblick über die Länder, in denen zentrale Abschlussprüfungen durchgeführt werden. In den Tabellen D/41 und D/42 sind die Länder und Fächer aufgeführt, in denen Abschlussprüfungen mit schulischen Aufgaben in den Jahrgangsstufen 9 und 10 bzw. 12 und 13 durchgeführt werden.

Tabelle D/14 Veröffentlichung der Ergebnisse zentraler und externer Abschlussprüfungen (Anzahl der Länder)

| Schulform | Hauptschule | SMB | Realschule | Gymnasium | IGS |
|----------------|-------------|-----|------------|-----------|-----|
| Einzelschule | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 |
| Gesamtergebnis | 3 | 5 | 5 | 7 | 6 |

Quelle: Tabelle D/43 im Anhang

Tabelle D/15 Rückmeldung der Ergebnisse zentraler Abschlussprüfungen (Anzahl der Länder)

| Schulform | Hauptschule | SMB | Realschule | Gymnasium | IGS |
|----------------|-------------|-----|------------|-----------|-----|
| Schüler | 3 | 4 | 4 | 7 | 4 |
| Lehrkräfte | 3 | 5 | 4 | 7 | 4 |
| Schulleitungen | 4 | 6 | 5 | 9 | 6 |
| Eltern | 3 | 3 | 4 | 6 | 3 |
| Schulaufsicht | 3 | 6 | 4 | 9 | 7 |

Quelle: Tabelle D/44 im Anhang

Im Handlungsfeld 6 (vgl. Tabelle D/16) zeigt sich eine relativ gleichmäßige Verteilung der Aktivitäten auf die fünf benannten Maßnahmebündel. Nach eigenen Angaben sind in fast allen Ländern entsprechende Maßnahmen bereits eingeführt worden oder befinden sich in Planung.

Tabelle D/16 Handlungsfeld 6: Maßnahmen zur Verbesserung der Professionalität der Lehrertätigkeit, insbesondere im Hinblick auf diagnostische und methodische Kompetenz als Bestandteil systematischer Schulentwicklung

| | Reform der Lehrerbildung | Lehrerfortbildungen im Hinblick auf diagnostischen Kompetenzerwerb | Lehrerfortbildungen im Hinblick auf methodischen Kompetenzerwerb | Berücksichtigung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Unterrichtspraxis | Wissenschaftliche Begleitung von bildungspolitischen Innovationen |
|----|---------------------------------|--|--|--|---|
| BW | E | E | E | E | E |
| BY | E | E ² , P | E | E | E ³ |
| BE | P | P | E | P | E |
| BB | P | P | P | E | E |
| HB | E | P ⁴ | E | E | E |
| HH | E | E | E | E | E |
| HE | E ¹ , P ¹ | E | E | E | E |
| MV | E, P | E, P | E, P | E, P | P |
| NI | E, P | P | E | E | E |
| NW | E, P | P | E | E | E |
| RP | P | E | E | E | E |
| SL | E | E, P | E, P | E, P | P |
| SN | P | E | E | E | E |
| ST | P | E | E | E | E |
| SH | P ⁷ | P | E | E ⁵ | E ⁶ |
| TH | E | E | E | E | E |

1 teilweise

2 als Prototyp

3 vornehmlich wird die wissenschaftliche Begleitung durch die Staatsinstitute wie das ISB gesichert

4 ab 2003/2004 intensive Maßnahmen

5 u. a. durch BLK-Projekte

6 im Zusammenhang mit der Evaluation von Schulen

7 Einführung ab 2003/04

Analog zur Vertiefung der Maßnahmen im Handlungsfeld 5 soll auch hier eine Erweiterung erfolgen, da die *Professionalisierung des pädagogischen Personals* als eine der Kernfragen der Entwicklung und Sicherung von Qualität angesehen wird. Die Professionalität der Lehrkräfte beeinflusst die Bildungsprozesse in der Schule und im Unterricht in besonderer Weise. Große Bedeutung für Qualitätsentwicklung insgesamt kommt daher der Qualifizierung der entsprechenden Personengruppen hinsichtlich des Qualitätsmanagements (vgl. Tabelle D/17) und der Unterrichtsqualität (vgl. Tabelle D/18) zu.

Tabelle D/17 Qualifizierungsangebote hinsichtlich des Qualitätsmanagements (Anzahl der Länder)

| | Lehrer | Schul- aufsichts- beamte | Schul- leiter | Schulpsy- chologen | Moderatoren/ Multiplikatoren | Fach- berater | Pädagogisches Personal im Elementarbereich |
|--|--------|--------------------------------|------------------|-----------------------|---------------------------------|------------------|--|
| Qualitätsmanagement | | | | | | | |
| Rechtliche Aspekte | 7 | 12 | 15 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Umgang mit Finanzmitteln | 2 | 10 | 13 | 0 | 2 | 1 | 2 |
| Steuerung von Schul- und Qualitätsentwicklung | 10 | 13 | 15 | 5 | 11 | 6 | 1 |
| Aufbau von Kooperationen | 11 | 10 | 12 | 1 | 7 | 7 | 6 |
| Personalentwicklung | 6 | 11 | 15 | 3 | 6 | 2 | 3 |
| Nutzung von Steuerungs- wissen | 6 | 12 | 11 | 2 | 5 | 5 | 1 |
| Nutzung neuer Medien | 15 | 6 | 11 | 3 | 10 | 9 | 5 |
| Konfliktmanagement und Gewaltprävention | 15 | 8 | 13 | 9 | 11 | 5 | 5 |
| Beratung von Schulen | 7 | 13 | 10 | 9 | 11 | 9 | 3 |

Quelle: Tabelle D/45 im Anhang

Tabelle D/18 Qualifizierungsangebote hinsichtlich der Unterrichtsqualität (Anzahl der Länder)

| | Lehrer | Schul- aufsichts- beamte | Schul- leiter | Schulpsy- chologen | Moderatoren/ Multiplikatoren | Fach- berater | Pädagogisches Personal im Elementarbereich |
|---|--------|--------------------------------|------------------|-----------------------|---------------------------------|------------------|--|
| Unterrichtsqualität: | | | | | | | |
| Entwicklung diagnostischer Kompetenz | 16 | 6 | 8 | 9 | 10 | 8 | 7 |
| Entwicklung methodischer Kompetenz | 16 | 5 | 9 | 3 | 11 | 10 | 5 |
| Verbesserung der Professionalität hinsichtlich der Lesekompetenz | 14 | 2 | 3 | 1 | 7 | 10 | 4 |
| Verbesserung der Professionalität hinsichtlich der mathematischen Kompetenz | 15 | 2 | 2 | 0 | 9 | 11 | 2 |
| Vermittlung innovativer Unterrichtskonzepte | 15 | 8 | 11 | 2 | 12 | 10 | 4 |
| Umgang mit Leistungs- und sozialer Heterogenität | 16 | 4 | 9 | 7 | 11 | 8 | 4 |
| Vermittlung von Maßnahmen zur Verbesserung von Disziplin und Verhalten | 12 | 3 | 6 | 3 | 5 | 4 | 1 |
| Zielgruppenspezifische Beratung | 9 | 13 | 12 | 8 | 10 | 9 | 4 |

Quelle: Tabelle D/46 im Anhang

Bei der Qualifizierung hinsichtlich des Qualitätsmanagements setzt die große Mehrheit der Länder den Schwerpunkt auf entsprechende Angebote für Schulleiterinnen und Schulleiter. Fast die gleiche Aufmerksamkeit genießen offenbar auch die Schulaufsichtsbeamten. Wäh-

rend bei den Schulleitern und Schulaufsichtbeamten die Angebote hinsichtlich des Qualitätsmanagements eine Vielzahl von Themen betreffen, konzentrieren sich die diesbezüglichen Angebote für Lehrkräfte und Moderatoren auf die Themenbereiche Nutzung neuer Medien, Konfliktmanagement und Gewaltprävention sowie Beratung von Schulen.

Hinsichtlich der Entwicklung der Unterrichtsqualität konzentrieren sich die Angebote auf die Lehrkräfte. Für diese bieten fast durchweg alle Länder Qualifizierungsveranstaltungen mit einer breiten inhaltlichen Palette zur Förderung der didaktischen und diagnostischen Kompetenz der Lehrkräfte, zur sozialen Interaktion und zum Umgang mit Heterogenität an. Ein relativ breites Themenangebot hat die Mehrheit der Länder auch für Moderatoren sowie Fachberater/Fachleiter vorgesehen. Die Angebote für Schulleiter und Schulleiterinnen zur Entwicklung der Unterrichtsqualität sind deutlich geringer als zum Qualitätsmanagement und konzentrieren sich vor allem auf die Vermittlung innovativer Unterrichtskonzepte sowie der zielgruppenspezifischen Beratung.

Tabelle D/19 Handlungsfeld 7: Maßnahmen zum Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten mit dem Ziel erweiterter Bildungs- und Förderungsmöglichkeiten, insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Bildungsdefiziten und besonderen Begabungen

| | Ausbau von Ganztags-Schulen | Ausbau von Ganztags-Angeboten | Einrichtung von Ferien-akademien | Individuelle Förderung durch Differenzierung | Freizeit-angebote an Schulen | Nachmittagsbetreuung in Kooperation von Schule und Jugendhilfe für besonders Benachteiligte |
|----|---------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|--|------------------------------|---|
| BW | E | E | E ² | ³ | E ¹ | E ¹ |
| BY | E ⁶ ; P ⁷ | E | E ⁸ | E | E | E ⁴ ; ⁻⁵ |
| BE | P | E, P ⁹ | E ¹⁰ | E | E, P ⁹ | E, P ⁹ |
| BB | E | P | – | E | E | E |
| HB | E; P | E | ⁻¹¹ | E | E | E |
| HH | E, P | E, P | – | E, P | E, P | E, P |
| HE | E, P | E, P | E | E | E, P | ⁻¹⁶ |
| MV | E, P | E, P | – | E, P | E, P | E, P |
| NI | E | P | E | E | E ¹² | E |
| NW | P | E | E, P | E | E | E |
| RP | E, P ⁹ | E, P ⁹ | E | E | ⁻¹⁷ | E |
| SL | E | E | E | E | – | – |
| SN | – | E, P ¹³ | – | E | E | E |
| ST | E | P | E | E | E ¹² | – |
| SH | E, P | E, P ⁹ | E ¹⁴ | E ¹⁵ | E, P ⁹ | P |
| TH | ¹⁸ | E | E | E | E | E |

1 teilweise

2 im Aufbau

3 Stütz- und Förderkurse

4 für Hauptschulen

5 für Realschulen und Gymnasien ist Nachmittagsbetreuung in Kooperation von Schule und Jugendhilfe für besonders Benachteiligte weder eingeführt noch geplant

6 für Hauptschulen und Gymnasien

7 für Realschulen (ab 2003/04)

8 für Realschulen und Gymnasien

9 Erweiterung geplant

10 Mathematikklassen

11 in Bremen sind Ferienkurse für sogenannte Risikoschüler (Migrationshintergrund, sozial Benachteiligte zur Steigerung fachlicher und sprachlicher Kompetenzen) eingerichtet; Wochenendkurse für Hochbegabte an der Universität

12 im Rahmen von Ganztagschulen

13 Schulversuch

14 spezifische Privatangebote

15 Lernpläne

16 in Hessen in kommunaler Verantwortung

17 in Rheinland-Pfalz sind entsprechende Freizeitangebote im Konzept der neuen Ganztagschule enthalten

18 der Ausbau von Ganztagschulen ist vorgesehen

Das *Handlungsfeld 7* hat Maßnahmen zum Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten im Interesse der Schaffung erweiterter Bildungs- und Fördermöglichkeiten für Schüler mit Bildungsdefiziten und solchen mit besonderen Begabungen zum Inhalt. Maßnahmen zur Entwicklung von Freizeitangeboten an Schulen sowie der Nachmittagsbetreuung in Kooperation von Schule und Jugendhilfe (für besonders Benachteiligte) wurden nach eigenen Angaben in fast allen Ländern eingeführt. Das Saarland gibt an, in beiden Bereichen keine diesbezüglichen Maßnahmen vorzusehen; auch Rheinland-Pfalz und Hessen geben dies für je einen der beiden genannten Bereiche an.

Hinsichtlich des Ausbaus von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten zeigt Tabelle D/19, dass nur ein Land keinen Ausbau von Ganztagschulen anstrebt, wohl aber den Ausbau von Ganztagsangeboten eingeführt bzw. geplant hat. Alle übrigen Länder geben an, dass sie Maßnahmen zum Ausbau von Ganztagschulen bzw. Ganztagsangeboten eingeleitet bzw. geplant haben.²⁰ Die individuelle Förderung durch Differenzierung wurde in fast allen Ländern eingeführt. Auch die Einrichtung von Ferienakademien ist offenbar von der Mehrzahl der Länder bereits realisiert worden; Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen geben an, dies nicht zu beabsichtigen.

Die beschriebenen Maßnahmen zur Entwicklung und Sicherung von Qualität in den sieben Handlungsfeldern und der standardisiert erfasste Stand ihrer Umsetzung zum genannten Zeitpunkt stellen gewissermaßen eine „Momentaufnahme“ dar. Diese Darstellung wird möglicherweise der Situation und den Akzentsetzungen in den einzelnen Ländern nicht vollständig gerecht. Um ein umfassenderes Bild der bildungspolitisch-konzeptionellen Linienführung bei der Qualitätsverbesserung in jedem Land zu erhalten, wurden die Länder gebeten, die drei bis vier wichtigsten bildungspolitischen Schwerpunkte zu nennen.

Im Folgenden sind diese Schwerpunkte, die zugleich Auskunft über die jeweiligen Strategien bei der Qualitätsentwicklung und -sicherung geben, Land für Land dargestellt. Die Übersicht stützt sich auch hier ausschließlich auf die Antworten der Länder.

D2 Bildungspolitische Schwerpunktsetzungen in den einzelnen Ländern

Eckpunkt einer umfassenden Bildungsreform in *Baden-Württemberg* sind die Stärkung der Eigenständigkeit sowie der Rechenschaftslegung der einzelnen Schule. Im Mittelpunkt steht die Einführung neuer Bildungspläne ab dem Schuljahr 2004/05 mit dem Ziel einer Modernisierung und stetigen Verbesserung der Unterrichtskultur. Das Konzept stützt sich auf vier wesentliche Säulen: die Entwicklung von Bildungsstandards mit Kerncurricula, die Einführung von Kontingenztafeln, die Sicherung einer kontinuierlichen Schulqualitätsentwicklung durch die Verpflichtung zur Erstellung eigener Schulcurricula sowie die Durchführung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung. In diesem Kontext werden verstärkt projekt- und anwendungsorientierte Unterrichtskonzepte umgesetzt sowie neue Prüfungsformen eingeführt. Zugleich ist ab dem Schuljahr 2004/2005 die flächendeckende Einführung des 8-jährigen Gymnasiums verankert. Im Blick auf eine verstärkte Ergebnisorientierung wird die

²⁰ Die Maßnahmen stützen sich maßgeblich auf das Bundesprogramm zur Förderung des bedarfsgerechten Ausbaus von Ganztagsangeboten.

systematische und regelmäßige Selbst- und Fremdevaluation von Schule und Unterricht ab dem Schuljahr 2003/04 eingeführt. Diese dienen einer zielgerichteten Qualitätsentwicklung. Eine zentrale Rolle werden dabei, auch vor dem Hintergrund der neuen standardbasierten Bildungspläne, landesweite Vergleichsarbeiten an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien spielen. Im Zuge einer Neustrukturierung verantwortet das Landesinstitut für Erziehung und Unterricht die Entwicklung und Auswertung der Vergleichsarbeiten, stellt Instrumente für die Selbstevaluation bereit und wird die Durchführung der Fremdevaluation steuern. Hinsichtlich der Professionalisierung der Lehrkräfte ist eine Reform der Lehrerbildung eingeleitet mit der Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten, mit der Weiterentwicklung von Lehrerbildungsseminaren zu Didaktischen Zentren und mit der besseren Vernetzung der lehrerbildenden Institutionen. Die Kooperation von vorschulischer Bildung und Grundschulbildung soll verstärkt, Ganztagsangebote und Ganztagschulen sollen weiterentwickelt werden.

In *Bayern* ist die Qualitätsentwicklung und -sicherung eng mit dem Prozess der inneren Schulentwicklung, in dessen Mittelpunkt die Unterrichtsqualität steht, verbunden. Wesentliches Ziel ist es, verbindliche Vorgaben festzuschreiben und den Schulen bei der Umsetzung dieser Vorgaben möglichst viel Eigenverantwortung zu übertragen. Hinsichtlich der Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen wird der Modellversuch „MODUS 21 Schule in Verantwortung“ seit Schuljahr 2002/2003 an 23 Pilotschulen durchgeführt; ab Schuljahr 2003/2004 ist seine Erweiterung auf 37 Schulen geplant. Ein zweiter Schwerpunkt sind regelmäßige Jahrgangsstufentests und zentrale Abschlussprüfungen. In *Bayern* gibt es traditionell an allen allgemein bildenden Schulen landeseinheitliche Abschlussprüfungen. Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität gibt es zudem seit 1998 Jahrgangsstufentests an den weiterführenden Schulen, die stetig ausgebaut werden und die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch erfassen. Seit dem Schuljahr 2002/2003 werden Orientierungsarbeiten an den Grundschulen in den Jahrgangsstufen 2 und 3 durchgeführt. Vom Schuljahr 2003/04 an soll das System der internen Evaluation durch externe Evaluationsteams ergänzt werden. Die Evaluationsteams, denen Vertreter der Schulaufsicht sowie externe Fachleute angehören, sollen Schulbesuche durchführen, um die Leistungsfähigkeit der Schulen zu untersuchen. Es ist geplant, vom Schuljahr 2003/04 an am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung eine Qualitätsagentur aufzubauen, die Steuerungsinstrumentarien für externe Evaluationen erarbeiten soll. Ziel ist der Aufbau eines Bildungsmonitorings mit regelmäßiger Bildungsberichterstattung.

Im Mittelpunkt der Bemühungen um die Entwicklung und Sicherung von Qualität im Land *Berlin* stehen eine Grundschulreform, der Unterricht mit Migrantenkindern, der gemeinsame Bildungsabschluss am Ende der Klassenstufe 10 sowie das „Modellvorhaben eigenverantwortliche Schule“. Die Grundschulreform beinhaltet vor allem die Einführung neuer Rahmenpläne (gemeinsam mit Brandenburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern), die bessere Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen (Aufbau der Grundschularbeit auf dem Bildungsprogramm der Kindertagesstätten, Beschreibung der Lernausgangslagen), die stufenweise Einführung der verlässlichen Halbtagsgrundschule mit Ausbau von Betreuungsangeboten am Nachmittag, die Einführung neuer Ganztagsgrundschulen, Orientierungs- bzw. Vergleichsarbeiten am Ende der Klassenstufen 2 und 4 sowie eine Schulleistungsuntersuchung in den Klassenstufen 4, 5 und 6 in den Fächern Deutsch und Mathematik. Der Verbesserung des Unterrichts mit Migrantenkindern sollen vor allem eine Längs-

schnittuntersuchung zum Schriftspracherwerb von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache in den Klassenstufen 1 bis 4 sowie der Aufbau eines Qualitätskonzepts (Beschreibung der Lernausgangslage, Entwicklung von Lerntagebüchern, Rahmenplan Deutsch als Fremdsprache sowie Aufbau des „Netzwerks Sprache“ für Schulen mit einem hohen Anteil an Migrantenkindern) dienen. Ein wichtiger, vor allem der Qualitätsverbesserung im Unterricht dienender Schwerpunkt soll das „Modellvorhaben eigenverantwortliche Schule“ (mit der Erprobung der Verantwortungsübernahme in den Aufgabenfeldern Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung, Qualitätssicherung und Rechenschaftslegung, Personalbewirtschaftung und Sachmittelbewirtschaftung sowie der Qualifizierung von Schulleitung und Schulaufsicht) sein.

In *Brandenburg* soll die Umstellung der schulischen Bildungsarbeit auf stärkere Outputorientierung, Standardisierung und Ergebnisverantwortung einen wesentlichen Schwerpunkt der Qualitätsverbesserung darstellen. Dazu gehören insbesondere die Erarbeitung eines Konzepts der Lernstandsdiagnostik für die Primarstufe mit Erhebung der Lernausgangslage zu Beginn der Schulzeit (ab 2004/2005), Orientierungsarbeiten am Ende der Jahrgangsstufe 2 (flächendeckend ab 2004), Lernausgangslagenerhebungen am Beginn der Jahrgangsstufe 7, Vergleichsarbeiten in den Jahrgangsstufen 5 und 8 sowie schriftliche Prüfungen mit zentral gestellten Aufgaben am Ende der Jahrgangsstufen 10 und 13 (Abitur). Ein weiterer Schwerpunkt soll die Veränderung des normativen Input als Präzisierung der Sollmaßstäbe in neuen Rahmenlehrplänen sein. Alle neuen Rahmenlehrpläne zeichnen sich durch die Beschreibung verbindlicher Kerncurricula und durch Qualifikationserwartungen am Ende des Bildungsganges aus. Die Schulentwicklung soll durch eine Reihe von Maßnahmen gefördert werden, insbesondere durch den Aufbau eines Systems von Fach- und Schulberatern, durch die Erarbeitung von Schulprogrammen und den Ausbau von Ganztagschulen. Besondere Akzente bei der Erschließung von Ressourcen für differenziertes und individualisiertes Lernen stellen die weitere Einführung der flexiblen Eingangsphase in der Grundschule, die Leistungs- und Neigungsdifferenzierung in den Jahrgangsstufen 5 und 6 sowie das Praxislernen an außerschulischen Lernorten dar.

Das Land *Bremen* weist als Schwerpunktsetzung bei der Qualitätsentwicklung ein Qualitätsentwicklungsprogramm (Laufzeit zunächst bis 2007²¹) aus. Durch das Programm soll die Eigenverantwortung der Schulen und die Stellung der Schulleitungen für die Entwicklung der Unterrichtsqualität gestärkt sowie gemeinsam entwickelte Leistungsziele festgelegt und evaluiert werden. Durch eine anreizorientierte Ressourcensteuerung und durch Qualitätswettbewerbe soll die Qualität der Einzelschule gesteigert werden. Zur Qualitätsentwicklung auf verschiedenen Ebenen wird auch die Kooperation mit entsprechenden Programmen anderer Institutionen im Umfeld der Schule gestärkt. Dazu gehören u.a. die Projekte für Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklung in Kooperation mit der Stiftung der Deutschen Wirtschaft, den Unternehmensverbänden im Lande Bremen und der Robert-Bosch-Stiftung. Im Mittelpunkt der Verbesserung der Kultur von Bildung und der Qualität von Schule im Land steht ein „Runder Tisch Bildung“, an dem Vertreter aller betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, Einrichtungen und Institutionen beteiligt sind, die für die Entwicklung des Bildungswesens unmittelbar oder mittelbar Verantwortung tragen. Neben der Teilnahme der

21 Auf Grund der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung (Wahlperiode von 2003 bis 2007) sind umfangreiche strukturelle und inhaltliche Reformmaßnahmen eingeleitet worden.

Schulen an internationalen Schulleistungsstudien (Oversampling) und länderübergreifenden Vergleichsarbeiten (Projekt VERA), der Durchführung von landesweiten Vergleichsarbeiten, den zentralen Abschlussprüfungen für jeden Bildungsgang einschließlich des Abiturs stehen schulbezogene Elemente der schulinternen Qualitätssicherung. Auf der Basis einer verbindlichen Rahmensetzung und Steuerung sollen die zunehmend eigenverantwortlichen Schulen die Qualität des Unterrichts selbst sichern. Zu den Rahmenvorgaben gehört die Überarbeitung von Lehrplänen/Bildungsplänen mit dem Ziel, kompetenzorientierte Standards verbindlich festzulegen.

Im Zentrum der *Hamburger* Bildungsreform stehen die Qualitätsentwicklung und –sicherung. Das Konzept des lebenslangen Lernens beginnt in der Kindertagesbetreuung sowie den Vorschulen und setzt sich über die Grundschulen und die allgemein bildenden Schulen bis in den berufsbildenden Bereich fort. Unter anderem hat Hamburg neue Bildungs- und Rahmenpläne für alle Schulformen bis Klasse 10 mit Standards für jeweils zwei Jahre, die vom Schuljahr 2003/2004 an verbindlich erprobt werden. Hinzu kommen Vergleichsarbeiten in den Klassen 3, 6 und 8. Ab dem Jahr 2005 werden für den Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss und das Abitur Prüfungen mit zentralen Elementen stattfinden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die frühe Sprachförderung mit dem Ziel, alle Kinder bei der Einschulung sprachlich so zu fördern, dass sie dem Unterricht in der Grundschule folgen können. Dazu werden alle 4½-jährigen Kinder der Grundschule vorgestellt. Bei Defiziten wird eine gezielte Förderung im Kindertagesheim oder in der Vorschule erfolgen. Ein Jahr später wird erneut der Sprachstand erhoben; falls erforderlich, werden weitere Maßnahmen eingeleitet. Als Maßnahme zur Evaluierung der verlässlichen Halbtagsgrundschule sowie zur Information über die Arbeit in der Grundschule wurden Kompetenzen und Einstellungen aller Kinder in 4. Grundschulklassen erhoben (KESS 4). Die Ergebnisse werden Mitte 2004 vorliegen. Bezüglich der Reform der Lehrerbildung wurde ein Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung zur Intensivierung der drei Phasen der Lehrerbildung sowie der Gestaltung der Fortbildung in enger Zusammenarbeit mit den einzelnen Schulen und der Schulaufsicht gegründet.

Zu den bildungspolitischen Schwerpunktsetzungen in *Hessen* gehört die Gewährleistung einer „Unterrichtsgarantie“ durch die Erhöhung der Anzahl der Lehrereinstellungen und der Referendarstellen. Einen zweiten Schwerpunkt stellt hinsichtlich der weiteren Professionalisierung der Lehrkräfte die Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung dar, insbesondere die Entwicklung von Medien- und Methodenkompetenz sowie die Verbesserung der Diagnosefähigkeit. Die differenzierte Förderstrategie in Hessen zielt zum einen auf die Einrichtung vorschulischer Sprachkurse für Kinder mit geringen Deutschkenntnissen und zum anderen auf differenzierende Zusatzangebote für hoch begabte Schülerinnen und Schüler. Im Zentrum eines weiteren Schwerpunktes, namentlich der Weiterentwicklung der internen und der externen Evaluation, stehen die Förderung der Eigenverantwortlichkeit der Einzelschule und damit der Schulprogrammentwicklung, die Entwicklung schulformbezogener Lehrpläne und Bildungsstandards, die Durchführung von Orientierungs- und Vergleichsarbeiten sowie von zentralen Abschlussprüfungen.

Mecklenburg-Vorpommern arbeitet mit Berlin, Brandenburg und Bremen an der Weiterentwicklung von Rahmenplänen für die Grundschule. Hinsichtlich der Weiterentwicklung des Systems der internen und externen Evaluation sind Vergleichsarbeiten in der Sekundarstufe I sowie in den Grundschulen (Projekt VERA) vorgesehen. Eine wichtige Rolle bei der Ent-

wicklung und Sicherung von Qualität soll die „Selbständigere Schule“ spielen; dazu wird ein Modellversuch durchgeführt. Auch der geplante Ausbau von Ganztagschulen soll unmittelbar der Qualitätsentwicklung und -sicherung dienen.

Das Land *Niedersachsen* richtet sein Augenmerk bei der Qualitätsverbesserung vor allem auf die Weiterentwicklung von Rahmenrichtlinien unter Berücksichtigung der von der KMK erarbeiteten Standards und auf die Einführung zentraler Arbeiten und zentraler Abschlussprüfungen. Mit dem Orientierungsrahmen „Schulqualität in Niedersachsen“ werden den Schulen Indikatoren für Schulqualität an die Hand gegeben. Es wird eine schulaufsichtlich neutrale Inspektion erprobt, die auf der Grundlage des Orientierungsrahmens den Schulen eine Rückmeldung über ihren Stand der Qualitätsentwicklung gibt. Ein standardisiertes Evaluationsinstrument steht zur Verfügung, das Basis eines aufzubauenden Systemmonitoring ist. Zudem ist eine systematische Qualifizierung von Schulleiterinnen und Schulleitern initiiert.

Nordrhein-Westfalen stellt die Verbesserung der Bildungsarbeit im vorschulischen Bereich und in der Grundschule mit einer Verstärkung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe, der Neugestaltung der Schuleingangsphase, dem Verzicht auf Rückstellungen, der Integration der Schulkindergärten, einem Schulfähigkeitsprofil, mit neuen Richtlinien und Lehrplänen sowie der Einführung von Englisch ab der Klassenstufe 3 einen ersten Schwerpunkt dar. Ein weiterer Schwerpunkt besteht in der Standardsetzung und Standardüberprüfung durch Kernlehrpläne und (teil)zentrale Lernstandserhebungen (Vergleichsarbeiten) in den Klassen 4 und 9. Weiter sollen zentrale Prüfungen am Ende der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II eingeführt werden. Der Verantwortung der Einzelschule für die Qualität ihrer Arbeit wird durch eine erweiterte Selbstständigkeit und durch feste Verbindlichkeiten für eine qualitätsorientierte Selbststeuerung (Schulprogramm und Evaluation) Rechnung getragen. Die Verbesserung der Unterrichtsqualität soll insbesondere durch eine Verstärkung des vernetzten, anwendungsorientierten und kumulativen Lernens sowie durch eine Förderorientierung des Unterrichts erreicht werden. Dazu soll die Professionalität der Lehrkräfte entsprechend weiterentwickelt werden.

Rheinland-Pfalz setzt einen wesentlichen Schwerpunkt auf die Entwicklung von Qualitätsprogrammen der Einzelschule, an deren Erarbeitung Lehrkräfte, Eltern und Schüler zu beteiligen und die der Schulaufsicht vorzulegen sind. Im Zentrum der in dem Qualitätsprogramm der jeweiligen Schule formulierten Selbstverpflichtungen steht die Unterrichtsentwicklung in den Kompetenz- und Problembereichen von PISA 2000, insbesondere auch eine stärkere Verankerung des Prinzips der individuellen Förderung. Darüber hinaus muss jedes Programm Vorhaben und Maßnahmen zur Verbesserung der Kooperation und Kommunikation in den Kollegien sowie eine auf die Schule bezogene Fortbildungsplanung enthalten. Die Qualitätsprogramme werden der Schulaufsicht vorgelegt und sollen im Zweijahreszeitraum umgesetzt, evaluiert und fortgeschrieben werden. In der Sekundarstufe I sind als Einstieg in die Standardsicherung und zur Initiierung schulischer Diskussionsprozesse schulinterne Parallelarbeiten in den Jahrgangsstufen 5 und 7 in den Kernfächern durchzuführen. Das Projekt „Vergleichsarbeiten in der Grundschule in den Fächern Deutsch und Mathematik“ (VERA) soll der Überprüfung des Erreichens von Kompetenzen, wie sie im neuen Rahmenplan der Grundschule festgelegt sind, und der Standardsicherung, darüber hinaus auch der Weiterentwicklung des Unterrichts, der Steigerung der Diagnosefähigkeit

der Lehrkräfte sowie der zusätzlichen Information der Schüler und Eltern bei der Wahl der künftigen Schullaufbahn dienen. Weitere Schwerpunkte sind die Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten (neue Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für die Kindertagesstätten), die Neuregelung der Lehrerbildung, das „Projekt Erweiterte Selbständigkeit“ (PES, seit 1999, 230 Schulen, hier werden Personalkompetenzen von der Schulbehörde auf die Schulen übertragen), die Neufassung des Schulgesetzes mit den Kernelementen der erweiterten Selbständigkeit von Schulen und der schulischen Qualitätsentwicklung (bis zum 1. August 2004), die stärkere Integration behinderter Schüler wie auch die Hochbegabtenförderung sowie die Einrichtung von 300 neuen Ganztagschulen.

Im *Saarland* stellt die Verbesserung der Qualität der vorschulischen Bildung durch entsprechende Fortbildung des Personals, die Erhöhung der Stundenzahl in der Grundschule sowie die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund (Leseleistungsanalyse am Ende von Klasse 1 und Sprachstandsfeststellungen am Ende von Klasse 2) einen wichtigen Schwerpunkt dar. Die Einführung landesweiter Orientierungs- bzw. Vergleichsarbeiten in der Grundschule und der Sekundarstufe I sowie die Durchführung landeszentraler Abschlussprüfungen für den Hauptschulabschluss und den Mittleren Bildungsabschluss (seit 2002) sind ein weiterer Schwerpunkt. Im Mittelpunkt der bildungspolitischen Steuerung stehen ferner die Umsetzung der in Ausarbeitung befindlichen nationalen Bildungsstandards in die Lehrpläne der Schulen sowie die Verbesserung der Lehrerbildung durch stärkeren Praxisbezug (Ausweitung der Schulpraktika). Seit 2001 wurde die Schulzeit am Gymnasium durch die landesweite Einführung des achtjährigen Gymnasiums verkürzt.

Der Freistaat *Sachsen* gibt an, dass die Lehrplanreform einen ersten Schwerpunkt darstellt. Ein weiterer Schwerpunkt lässt sich mit den Stichworten Bildungsstandards, Orientierungs- und Vergleichsarbeiten sowie Evaluation beschreiben; dazu gehören insbesondere die flächendeckende Einführung von Schulprogrammarbeit, die Erstellung und Veröffentlichung von Schulporträts sowie der geplante Aufbau einer Evaluationsagentur. Im Mittelpunkt der Entwicklung und Sicherung von Qualität stehen zudem die Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschule, die Zusammenarbeit mit vor- und außerschulischen Partnern (z.B. Einführung der optimierten Schuleingangsphase sowie Ausbau und qualitative Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten), die stärkere Einbeziehung von Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern (alle diese Aspekte sind auch Gegenstand der Schulgesetze) sowie die Optimierung des Schulnetzes zur Sicherung leistungsfähiger Standorte.

Sachsen-Anhalt nennt als Schwerpunkt zur Entwicklung und Sicherung von Qualität die landesweite Schulprogrammarbeit und die Erweiterung der Selbständigkeit von Schulen u.a. durch die Budgetierung und die Mitwirkung bei Personalentscheidungen. Besondere Aufmerksamkeit genießt auch die Stärkung der Kommunikation und Kooperation mit Elternhaus und außerschulischer Praxis (Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft). Ein dritter Schwerpunkt ist die Erarbeitung verbindlicher Standards einschließlich niveaubestimmender Aufgaben für Kernfächer in der Grundschule und in der Sekundarstufe I und die regelmäßige Durchführung von landesweiten Leistungsfeststellungen (Vergleichsarbeiten, zentrale Klassenarbeiten). In der Sekundarschule wird ab dem 7. Schuljahrgang eine auf Abschlüsse bezogene Differenzierung eingeführt. Im Schuljahr 2003/04 wird, beginnend mit dem 5. Schuljahrgang, das 8-jährige Gymnasium eingeführt – verbunden mit einer Reform der gymnasialen Oberstufe, welche die Kernbereiche durch erhöhte Verbindlichkeit der Belegung und Einbringung stärkt und zu stabilen Lerngruppen führt. Einen zusätzlichen Schwerpunkt stellt

die Qualifizierung und Bildung von Kindern zum Schuleintritt dar; eine entsprechende Konzeption wurde von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der beiden zuständigen Ministerien entwickelt. Der näheren Bestimmung der Bildungsaufgaben von Kindertageseinrichtungen dient das Kinderförderungsgesetz vom 7. März 2003. Es wurde ein modular aufgebauter Bildungsplan entwickelt, der alle Bildungsbereiche und Bildungsinhalte berücksichtigt und noch 2003 in der Praxis erprobt werden soll.

Schleswig-Holstein konzentriert nach eigenen Angaben seine Bestrebungen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung auf die Weiterentwicklung des Systems der internen und externen Evaluation sowie die flächendeckende Einführung der verlässlichen Grundschule in mehreren Stufen bis 2008. Dem erstgenannten Schwerpunkt dient vor allem die Teilnahme am Projekt „Vergleichsarbeiten (VERA)“ in Klassenstufe 4, das gemeinsam mit den Ländern Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin realisiert wird. Darüber hinaus ist die Einführung einer externen Evaluation in allgemein bildenden Schulen nach dem Konzept EVIT (Externe Evaluation im Team) vorgesehen. Das Land hat in den letzten Jahren sukzessive kompetenzbasierte Lehrpläne über alle Schulformen hinweg erstellt. Gegenwärtig werden sowohl landesbezogene Standards erarbeitet als auch die von der KMK beschlossenen Standards implementiert.

Der Freistaat *Thüringen* benennt die folgenden vier bildungspolitischen Schwerpunkte: landesweite Kompetenztests in den Klassen 3 und 6 in Deutsch und Mathematik (in der Grundschule, der Regelschule und dem Gymnasium), Entwicklung von Standards in den Abschlussklassen der Grundschule (Klasse 4), der Regelschule und des Gymnasiums, die Initiative „Schulentwicklung konkret“ als Teil des Unterstützungssystems für Thüringer Schulen sowie die Leseinitiative des Thüringer Kultusministeriums.

Der Versuch einer Quantifizierung der beschriebenen bildungspolitischen Schwerpunkte zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in den Ländern zeigt:

In allen Ländern werden als bildungspolitische Schwerpunkte bei der Qualitätsentwicklung und -sicherung Leistungserhebungen verschiedenster Art genannt. Einen zweiten bildungspolitischen Schwerpunkt stellt in der übergroßen Mehrheit der Länder die Weiterentwicklung von Rahmenlehrplänen und Leistungsstandards (dreizehn Länder) dar, wobei beides häufig in engem Zusammenhang angegeben wird. Ebenso viel Bedeutung wird der Stärkung der Eigenverantwortung der Schule und der Entwicklung von Schulprogrammen (zwölf Länder) beigemessen. In mehr als der Hälfte der Länder ist die Verbesserung der Bildungsarbeit im vorschulischen Bereich und in der Grundschule (neun Länder) ein wichtiges Ziel. Weniger oft werden als Schwerpunkte die Einführung verlässlicher Grundschulen und die Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten (sieben Länder), die Weiterentwicklung von Lehreraus- und -fortbildung (vier Länder) sowie die Stärkung der Kooperation mit Eltern und außerschulischer Praxis (drei Länder) genannt.

D3 Innovative Ansätze der Qualitätsentwicklung und -sicherung in den Ländern

Versucht man die weitgehend standardisiert erfassten Informationen zur Realisierung der Maßnahmen der Länder in den sieben Handlungsfeldern, die vertiefenden Informationen zu ausgewählten inhaltlichen Schwerpunkten der Qualitätsverbesserung sowie die Aussagen zu den bildungspolitischen Schwerpunktsetzungen bei der Qualitätsentwicklung und -sicherung in den Schulsystemen der 16 Länder zu generalisieren und wesentliche innovative Ansätze bei der Entwicklung und Sicherung von Qualität in den Schulen in Deutschland zu identifizieren, dann lässt sich festhalten:

Offenbar haben sich alle Länder darauf eingestellt, die in den sieben Handlungsfeldern festgelegten Maßnahmen der Entwicklung und Sicherung von Qualität – bei aller Unterschiedlichkeit in der Dimensionierung und Reichweite der Maßnahmen sowie in den Akzentsetzungen in den einzelnen Ländern – möglichst in der ganzen Breite umzusetzen. Dabei zeigen sich, abhängig von den landesspezifischen Bedingungen, von der bildungspolitischen Dringlichkeit nach PISA (z.B. Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund) sowie von der Art der Maßnahmen (ob vor allem strukturell, inhaltlich oder ergebnissichernd ausgerichtet) deutliche Unterschiede im Grad der Realisierung. Während die bildungspolitisch besonders dringlichen und die eher strukturell ausgerichteten Maßnahmen weitgehend eingeführt sind, befinden sich die vorbereitungs- und zeitaufwendigeren, unmittelbar inhalts- und ergebnisbezogenen Maßnahmen häufig noch im Planungs- oder Erprobungsstadium. Gleichwohl zeigen sich bei aller Vielfalt der Maßnahmen und bei aller Unterschiedlichkeit der landesspezifischen Schwerpunkte länderübergreifende Prioritäten:

- eine frühe Sprachförderung, insbesondere für Migrantenkinder bzw. Kinder mit Deutsch als Zweitsprache, in der Regel verbunden mit Sprachstandsfeststellungen für alle Kinder;
- die bessere Verzahnung von Kindertagesstätten, Vorschulerziehung und Grundschule sowie die Einführung einer verlässlichen Halbtagsgrundschule und von Ganztags-schulangeboten;
- die Ergebnissicherung mittels fortlaufender Lernstandsermittlung, der Entwicklung und Anwendung von Instrumenten der Leistungsdiagnose sowie die Durchführung schul-übergreifender Vergleichsarbeiten;
- die Erstellung von Schulprogrammen;
- die Neufassung bzw. Weiterentwicklung von Rahmenplänen sowie die Erarbeitung von Standards in den Kernfächern;
- die Weiterentwicklung der methodischen und diagnostischen Kompetenz der Lehrkräfte insbesondere durch Lehrerfortbildung.

Vergleicht man diese aus der Umsetzung der Maßnahmen in den Handlungsfeldern abgeleiteten Schwerpunkte mit den bei der Erhebung genannten bildungspolitischen und inhaltlichen Prioritäten und stellt man in Rechnung, dass sich nicht alles, was derzeit bildungspolitisch vorrangig ist, unmittelbar aus TIMSS und PISA herleiten lässt, lassen sich dennoch wichtige innovative Ansätze der Steuerung der Qualitätsentwicklung und -sicherung auch

unter Nutzung von Erfahrungen bei PISA erfolgreicher Staaten²² erkennen. Zu ihnen gehören insbesondere:

- der Ausbau externer Evaluationen, teilweise in Verbindung mit der Entwicklung eines landesbezogenen Systemmonitorings;
- die Erarbeitung von Standards, häufig in Verbindung mit der Weiterentwicklung von Kerncurricula;
- die Stärkung der Selbstständigkeit der Einzelschule im Kontext von Qualitätsentwicklung;
- die verstärkte Professionalisierung von Schulleitern und Lehrkräften, teilweise auch von Schulaufsichtsbeamten;
- die bessere Verzahnung von Elementar- und Primarbildung sowie
- die Sprachförderung (meistens in Verbindung mit Sprachstandsfeststellungen), insbesondere für Migrantenkinder.

Auch wenn hier gewissermaßen nur eine „Momentaufnahme“ gemacht und nicht alle bildungspolitischen Strategien und Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung abgefragt und aufgeführt werden konnten, wird doch deutlich, dass in den Ländern und auch länderübergreifend eine Vielzahl neuer bildungspolitischer Initiativen in Angriff genommen worden ist. Bildungsberichterstattung könnte wesentlich dazu beitragen, diese Entwicklung zu verstetigen und evaluierend zu begleiten.

Die konzeptionellen Schwerpunkte und Maßnahmen der Länder bei der Entwicklung und Sicherung schulischer Qualität konnten in diesem Überblick nicht kritisch hinterfragt und ebenso wenig wissenschaftlich systematisch untersucht werden. Für Letzteres ist der Zeitraum zwischen Einführung der Maßnahmen und ihrer Evaluierung ohnehin zu kurz. Die Analyse der bildungspolitischen Initiativen der Länder bleibt eine Aufgabe künftiger Bildungsberichterstattung.

22 Zur genaueren Information über die Erfahrungen sowie Strategien und Instrumente der Steuerung von Schulsystemen und Einzelschulen bei PISA erfolgreicher Staaten siehe: Arbeitsgruppe Internationale Vergleichsstudie: Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Teilnehmerstaaten. Berlin: 2003.